

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gemeinnummern: 26 244.  
Nur für Nachgeschickte: 20 611.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Vertriebspreis in Dresden und Umgegend bei wöchentlichem Bezug 1,40 Mk. monatlich 4,20 Mk.  
Die einseitige 37 mm breite Seite 75 Pf. bei 1000 Exemplaren 7,50 Mk. bei 5000 Exemplaren 37,50 Mk.  
Zusätzliche 1000 Exemplare 7,50 Mk. bei 5000 Exemplaren 37,50 Mk.  
Zusätzliche 1000 Exemplare 7,50 Mk. bei 5000 Exemplaren 37,50 Mk.

Schiffvermittlung und Hauptgeschäftsbüro:  
Markenstraße 28-40.  
Druck u. Verlag von Gustav & Richard in Dresden.  
Postfach-Nummer 19 395 Betsberg.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung (Dresdner Nachr.) zulässig. - Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

Weinrestaurant & Kaffee  
**CENTRAL-THEATER**  
Künstler-Konzert.

**Photogr. Vervielfältigungen**  
jeder Art für technische, gewerbliche und persönliche Zwecke  
**PHOTOHAUS WUNSCH**, Ecke Moritz- u. Ringstraße.

**Brautausstattungen**  
Einzel-Möbel in allen Preislagen Einzel-Möbel  
**J. A. KONIG** Kamener Straße 27.  
Bruno KONIG Straßerbahnlinie 5. o. Tel. 22667.

## Eine neue Note Brodtdorff-Ranhaus.

### Gegen die Loslösbestrebungen.

Berlin, 5. Juni. Die nachstehende Note, betreffend die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz wurde unter Befugung der Note, die der Reichsminister Erzberger am 2. Juni an General Nudant gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht:

Herr Präsident!  
Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse, wie durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind zum Zweck, diese Gebiete vom Deutschen Reich loszulösen und zu selbständigen Republiken zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Unruhmäher einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Befehlshabern ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Absperzung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland mit Genauigkeit nicht haben nachgeprüft werden können, sind in der hier abschrittlich beigefügten Note des Reichsministers Erzberger an den General Nudant vom 2. d. M. enthalten. Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Bildung und Förderung von Bestrebungen, die zur Loslösung wesentlicher Gebiete vom Reich führen sollen, in hohem Maße geeignet ist, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zur Bestimmung des Artikels 5 Absatz 2 des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit dieser Gebiete unangefastet bleibt und daß die militärische Verwaltung durch die Sieger die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in seiner Weise behält.

Dazu kommt, daß Deutschland die Kosten, die es im Friedensvertrage auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführungen, daß die Notwendigkeit von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hoch entwickelter Industrie, wie die Rheinlande, die Grundlagen des deutschen Friedensangebots erschüttern müssen. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande fördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vermissen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich ihrer Regierungen für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hierdurch richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das ausdrückliche Ersuchen, die vorstehend gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge zu treffen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheinlande unverzüglich und mit allem Eifer auf das Gelingen ihres missionierten politischen Eifers hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Loslösbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. Brodtdorff-Ranhaus.

Seltens der Franzosen wird zur Unterstützung der Loslösbestrebungen in der Rheinprovinz gerüchelt u. a. verbreitet, daß nach erfolgter Ausrufung der Republik die Weizenpreise amtlich auf den Friedenspreis festgesetzt werden würden, ebenso die Lebensmittelpreise, und daß der Markkurs sofort auf 1,23 festgelegt werden würde.

### Engländer und Amerikaner gegen die Loslösbestrebungen.

Berlin, 5. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Die amerikanische und die englische Regierung haben ihren Truppenführern im Besatzungsgebiet, wie der „Cot. Ana.“ hört, die Förderung von Loslösbestrebungen verboten und ausdrücklich erklärt, daß sie im Rheinlande und der Pfalz nach wie vor die alten Regierungen anerkennen.

Wien, 5. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Die gesamte amerikanische Presse erklärt sich gegen die Proklamation der rheinischen Republik. „Globe“ erklärt: Falls die Bewegung von uns erzwungen worden ist, verdient sie kein Vertrauen. Die New Yorker „Eveningpost“ befürchtet, die Rheinrepublik könnte versuchen, sich dem ihr zukommenden Anteil der Kriegsschulden zu entziehen. Dies ist für die Wiedergutmachung des unfähigen Deutschlands aber ein Weltungslück.

Kassel, 5. Juni. Aus Koblenz wird gemeldet: Der amerikanische Oberbefehlshaber in Koblenz verbietet im besetzten Gebiet den Anschluß der Proklamation über die Gründung einer rheinischen Republik.

### Mißglückter Handreich des „Präsidenten“ dorten.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Der „Präsident“ der rheinischen Republik Dr. Dorten verfuhr gestern Abend, mit seinem neugebildeten Kabinett durch einen Handreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittags der Picnic, um in das Regierungsgebäude einzudringen, und ordnete als erste Amtshandlung die Stillung der Picnicgrünen an, die er gleich mitgebracht hatte. Doch konnte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Ausgang zum Tische fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch verbreitet, und große Menschenmengen sammelten sich mit Ausdrücken heftigster Empörung vor dem Gebäude an. Handreich wurde drinnen in diesem ein und verprügelt die Herren „Minister“ fürchterlich, so daß einige von ihnen von einem herbeigeholten Arzt den ersten Verband erhalten und dann ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Nur der „Präsident“ Dr. Dorten kam alimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und sich später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei diesen Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden, Pinot, erklärte, sich nicht in die Vorgänge einzumischen zu wollen. Nur müde auf der Straße die Ruhe gewahrt werden.

Mit dieser Mißthat veranfaßen ersten Regierungshandlung des neuen „Präsidenten“ hat der hochverräterische frühere Staatsanwalt Dr. Dorten den Schlangenschwanz der wahren Volkstimmung in den Rheinlanden erhalten. Seine Abfuhr sollte Clemenceau doch zu denken geben.

### Freilassung der heftigen Abgeordneten.

Darmstadt, 5. Juni. Der Präsident der heftigen Volkskammer Adels und die beiden Abgeordneten, die in Mainz verhaftet worden waren, sind heute frei einetroffen. Sie waren gestern in das Gefängnislager Worms gebracht, dann abends über die Rheinbrücke transportiert und dort ihrem Schicksal überlassen worden. Außer den Abgeordneten ist auch eine Anzahl auswärtiger Lehrer hier einetroffen. Alle beklagen sich schwer über die ihnen zuteil gewordene unwürdige Behandlung.

Wiesbaden, 5. Juni. Für den Regierungspräsidenten v. Meißner hat Oberregierungsrat v. Springorum die Wiesbadener Bezirksregierung übernommen. Meißner hat hier ein allgemeiner Protest freigelegt gegen die Ausübung der rheinischen Republik hatgegenüber.

Berlin, 5. Juni. Die Meldung von der Ernennung des Abgeordneten Erdmann zum Oberpräsidenten des Koblenz verneint sich nicht. Wie wir hören, wird vom rheinischen Bauernbunde Herr v. Schorlemer-Lieser vorgeschlagen, von anderer Seite der Abgeordnete Noltenhauer.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Der „Frankf. Jg.“ zufolge wurde heute morgen in Wiesbaden der französische Militärbehörde von allen Parteien mit Ausnahme der Zentrumspartei nochmal eine Erklärung übergeben, in welcher die wärker Widerstand gegen die von Unberufenen wider den Willen einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung erfolgte Ausrufung der rheinischen Republik erhoben und betont wird, daß man die preussische Staatsangehörigkeit unter allen Umständen beizubehalten und lediglich die preussischen Staatsbehörden als rechtmäßige Träger des Staatsgebantens anzuerkennen entschlossen sei.

Der Wiesbadener Magistrat hat sich einstimmig gegen die neue Regierung ausgesprochen und erklärt, daß er ihre Befehle und Weisungen nicht anerkennen werde. Der neue „Präsident“ Dorten hält sich in seiner „Residenz“ Wiesbaden auf, da ihm wegen der Drohungen der Arbeiter Wiesbaden zu unlieb geworden ist. Auf seinen Ausfahrten begleitet ihn zu seinem Schutze stets zwei französische Offiziere.

### Eindämmung der polnischen Siegesfreude.

Von unserem Pariser Sonderberichterstatter. Paris, 5. Juni. Wie unser Gewährsmann von autoritativer Seite erzählt, würden die Hauptleidtragenden bei der Revision des Friedensvertrages die Polen sein. Die anfänglichen Empfindungen, deren sich die Polen bei Beginn der Friedensverhandlungen erfreuten, sind völlig ins Gegenteil umgeschlagen. Es ist einzig und allein Pichon, der vertritt, die polnischen Forderungen zu halten. Wilson ist angedacht der Nichtstimmung, die die Pogrome in Polen unter den Juden der Vereinigten Staaten hervorgerufen haben, zu einem Gegner der polnischen Aspirationen geworden. Auch die polnische Politik der Ukraine gegenüber hat ihren nachteiligen Eindruck bei den maßgebenden Männern nicht verfehlt.

Von ununterrichteter Seite wird erklärt, daß sowohl Wilson als auch Lloyd George sich dagegen äußerten, noch weitere nationale Minoritäten unter polnische Herrschaft zu bringen, da die Verhältnisse in Polen von Tag zu Tag mehr bewiesen, wie wenig Polen imhabe sei. Garantien zum Schutze der Minderheiten innezuhalten. Die Abtretung von Gebieten an Polen, die stark von Deutschen durchsetzt seien, müßte unter diesen Umständen eine ständige nationale Drohung werden und den Frieden Mitteleuropas andauernd bedrohen.

### Ein neues Todesurteil.

Der österreichische Staatskanzler Renner, der in Saint Germain die Friedensbedingungen der Entente entgegengenommen hat, erklärte einem Berichterstatter: „Es wird so rasch wie möglich den Führern der Entente klargemacht werden, daß sie, wenn sie Deutsch-Österreich zur Ausfertigung dieses Friedensvertrages zwingen, ihren Triumph gefürchten, indem sie eine Leiche auf ihren Triumphwagen laden“. Damit sind die Bedingungen, die dem deutsch-österreichischen Staate auferlegt werden sollen, noch jeder Richtung hin zureichend gekennzeichnet. Wenn dieser Vertrag unterschrieben wird, dann gibt es kein Deutsch-Österreich mehr. Es gibt dann nur noch 6 Millionen Menschen mit deutscher Muttersprache, die auf einem Gebiete von 50.000 bis 60.000 Quadratkilometern wohnen. Viele Menschen werden aber nicht frei sein, sie werden den Tischen ihre Verkehrsmittel in großem Umfange zur Verfügung stellen müssen, werden nicht nur schiebende Bahnbauten auf ihrem Gebiete dulden, sondern sie auch unterstützen müssen. Ihnen wird ferner auferlegt, den Nationalstaaten alle möglichen handelspolitischen Vergünstigungen zu gewähren, selbstverständlich ohne Gegenleistung. In man in Paris die Lebenskraft des deutschen Elements sehr hoch einschätzt und offenbar der Ansicht ist, daß selbst unter diesen Bedingungen Deutsch-Österreich noch irgendwie werde regenerieren können, hat man sich alle weiteren Erdrosselungsmaßnahmen vorbehalten. Soreth erklärt man nur, daß alle die neuen Staaten, die aus dem Leibe der alten Habsburger Monarchie geschnitten wurden, von sämtlichen Kriegsschulden frei bleiben sollen. Die 6 Millionen Deutsche der deutsch-österreichischen Republik haben sie ganz allein zu tragen. Als Garantie wird bis zum Jahre 1921 jegliche Goldausfuhr verboten, sind alle Einkünfte aus Eisenbahnen und Salzbergwerken zu verpfänden, und zwar in einer Höhe, die dem durchschnittlichen Ertrage der letzten drei Friedensjahre entspricht. Das heißt nichts anderes, als daß der neuen Republik jede selbständige wirtschaftliche Betätigung unterbunden wird, daß die Deutsch-Österreich zu hoffnungslosem Kronleibn verurteilt werden. Sie werden dafür, da man sie ja doch nicht vollständig vernichten lassen kann, von der Entente ein Nothenbrot zugewickelt erhalten, vorausgesetzt, daß sie sich gut benennen und nicht den Versuch machen, wider den Stachel zu lösen.

Das alles mutet uns vertraut an. So ziemlich dasselbe steht in dem Buche, das am 7. Mai dem Grafen Brodtdorff in Versailles überreicht worden ist. Der Hierokrat, dessen Mitglied, wie es heißt, stark ermüdet seien, hat es sich dieses Mal leicht gemacht und ganz einfach die wesentlichen Bestimmungen aus den Bedingungen für Deutschland abgeklatscht und dem österreichischen Staatskanzler überreicht. Was aber die Grenzbestimmungen betrifft, so waren dafür die verwegenen Wünsche der Polen, Tschechen und Südslawen maßgebend. So geschah es, daß man über die vielbesprochenen „historischen Grenzen“ weit hinausging und annektiert hat, was immer schönes Land, reiche Städte und bedeutungsvolle Bodenschätze dazu verlockten. Die Polen erhalten z. B. den Kreis Lublitz, in dem — ebenso wie in Danzig — nur 2 Prozent Polen wohnen. Die Südslawen wollen sich große Stücke aus Ziemermark und Kärnten mit Klagenfurt und anderen rein deutschen Städten holen, die Tschechen behalten die deutschen Gebiete in Böhmen und Mähren, die Italiener nehmen sich Südtirol. Es hat keinen Zweck, auf die Begründungen dieses Raubes einzugehen, — das Wort Selbstbestimmung kommt für den Deutschen nicht in Frage. Er ist heute der gefesselte Prometheus, an dem sich die Götter gütlich tun können.

Und das alles nach den süßen Worten, mit denen Müll, der französische Gesandte in Wien, die Wiener und ihre Presse zu betören verstand. Wollten nur der Plan eines Zusammenschlusses mit Deutschland ausgegeben würde, könnte alles noch gut werden. In allen möglichen Variationen hat die Wiener Franzosenpresse dieses Thema abgehandelt. Mit blutendem Herzen hat der Staatskanzler selbst in einer Sitzung des Hauptauschusses der Nationalversammlung den Anschlussgedanken preisgegeben, wofür dann von der französischen Gesandtschaft aus angesetzt wurde von der Versicherung, man werde der österreichischen Delegation in St. Germain die Wege ebnen“. Wie das geschah, beweisen nicht nur die Bedingungen selbst, sondern auch die Vorgänge bei ihrer Ueberrichtung. Man hat die Österreicher nicht für würdig gehalten, in den Sitzungssaal auf derselben Treppe zu gelangen, wie die Verbandsmänner — auf einer Wendeltreppe mußten sie emporklettern, durch einen einfachen Soldaten wurden sie in den Sitzungssaal geführt. Was aber die Anschlussfrage betrifft, so steht über sie in den Bedingungen nicht ein Wort. Die Wiener Öffentlichkeit, ja auch die Regierung ist also von Müll in schamloser Weise genarrt worden? Das muß man allerdings annehmen, und daraus erklärt es sich, daß